

Flüchtlinge: Was wir in BS und BL tun können

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
160 · Ausgabe BL·BS · Februar 2016

SP



Freiwillig für Flüchtlinge – auch in Basel

Die Bilder ertrunkener Flüchtlinge im Mittelmeer haben im letzten Sommer viele aufgeschreckt und die Motivation geweckt, selber «etwas tun» zu wollen. Es ist eine Welle von privatem Engagement entstanden wie schon seit langem nicht mehr. Allenthalben liefen Kleidersammelaktionen an und die Hilfswerke wurden mit Angeboten von Hilfswilligen überschwemmt. CMS und GGG als grosse private Träger haben rasch reagiert und in Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe Anlaufstellen geschaffen: u.a. die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge und die Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge geben BaslerInnen die Möglichkeit, ihr Engagement zu melden oder Wohnraum anzubieten.

Wichtig wird sein, über die Soforthilfe für die neu hier Ankommenden hinaus den Fokus auf die Integration jener zu richten, die längerfristig hier bleiben können. Man würde gern syrische Familien unterstützen. Aktuell nötig ist die Unterstützung aber vor allem für junge Männer aus Eritrea, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen ist und die eine Wohnung und einen Job suchen. Ihnen auch zivilgesellschaftlich die Hand zu bieten, so dass sie Teil unserer Gesellschaft werden können und nicht als Langfrist-Sozialhilfebezügler in eine Ghettoisierung geraten, ist eine Herausforderung für uns alle. Und der Staat? Er wird natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen, nur weil das private Engagement gross ist. Gerade das links-grüne Basel kann zeigen, dass man eine offene Integrationsstimmung in der Stadt fördern kann, ohne sich blauäugig gegenüber den kulturellen Wertunterschieden zu zeigen. Dazu gehört, deutlich einzufordern, welche Regeln wir hier eingehalten haben wollen.

Gabi Mächler ist Projektleiterin GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge

Ein Herz für Flüchtlinge zum Beispiel in Muttenz

Im September 2015 ging die Meldung ein, dass in Muttenz neu 35 Asylbewerber untergebracht werden. Wenig später wurde die «Arbeitsgruppe Asyl Muttenz» gegründet, mit dem Ziel, den männlichen Asylbewerbern, die in Muttenz auf den Asylentscheid warten, eine Tagesstruktur zu geben. Mittlerweile haben sich rund drei Dutzend Personen in die Mitgliederliste der AG eingetragen!

Seit Dezember 2015 bietet jetzt die AG zwei Deutschkurse und Sportaktivitäten an. Ab Mitte Januar 2016 werden auch Ausflüge und Museumsbesuche angeboten. Ein Team von fünf Personen ist jeweils im Zweierteam verantwortlich für den Sport am Mittwochnachmittag. Für zwei Gruppen findet viermal in der Woche ein zweistündiger Deutschkurs statt. Wir unterrichten meist im Zweierteam und legen grossen Wert aufs Sprechen in Alltagssituationen und auf den Aufbau eines Grundwortschatzes. Spiele bieten eine gute Abwechslung und fördern eine ungezwungene Atmosphäre. Die jungen Männer haben grossen Spass daran. Wir alle haben bis jetzt nur gute Erfahrungen gemacht und staunen wie motiviert, dankbar und lernwillig sie sind. Es macht grosse Freude, mit ihnen zu arbeiten.

Wir sind überzeugt, etwas Sinnvolles für diese Männer zu tun, die das mit Freude und Dankbarkeit bestätigen. Der persönliche Kontakt hilft auch uns, mit den Unsicherheiten der Flüchtlingssituation umzugehen. Wir hoffen, dass wir durch einen respektvollen und interessierten Umgang miteinander Brücken zwischen den Kulturen bauen und einen ersten Schritt zur Integration leisten können.

Hanspeter Meier, Hansueli Recher, Koordinatoren Deutsch und Sport, SP Muttenz

MÖGLICHKEITEN ZUM PERSÖNLICHEN ENGAGEMENT

www.fff-basel.ch: Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge Basel

www.ggg-fluechtlinge.ch: GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge

www.baselhilftmit.ch: Sachspenden für Asylzentren in der Region Basel bis nach Lörrach

www.anlaufstellebl.ch: Anlaufstelle Asyl und Migrationsfragen Baselland

www.srk-baselland.ch Programm Salute, Rotes Kreuz Baselland

Es muss nicht immer Zeit und Herzblut sein, manchmal braucht es vor allem auch Geld, z. B. www.helpforrefugeesbasel.ch

Zukunft statt Abbau!

... UND DIE WAHLTOUR GEHT WEITER: ENDE FEBRUAR STEHEN DIE WICHTIGEN GESAMTERNEUERUNGSWAHLEN FÜR DIE GEMEINDERÄTE, EINWOHNERRÄTE UND GEMEINDEKOMMISSIONEN AN. IM JUNI WERDEN DIE GEMEINDEPRÄSIDIEN UND DIE SCHULRÄTE BESETZT UND IM SEPTEMBER GEHT ES SCHLIESSLICH UM DIE BESTELLUNG DER MITGLIEDER IN DEN SOZIALHILFEBEHÖRDEN.

Ein Blick in die Statistik lohnt sich: Im Jahr 2004 besetzte die SP in den 11 Gemeinden mit einer Gemeindegemeinschaft 58 der 171 Sitze. Vier Jahre später ging es zurück auf 49 Sitze. Bei den Wahlen 2012 stagnierten wir bei 48 Sitzen. In den fünf Gemeinden mit einem Einwohnererrat lässt sich ein anderer Trend feststellen. 2004 besetzte die SP 61 der 200 zu vergebenden Sitze. Wie bei der Gemeindegemeinschaft folgte auch bei den Einwohnererräten 2008 ein Rückgang der Sitzzahl auf noch 50. Im Jahr 2012 konnte sie dann auf 52 erhöht werden.

Für die kommenden Gemeindegemeinschaftswahlen ist die SP gut aufgestellt und präsentiert eine vielseitige Palette an Kandidierenden. Einerseits sind auf den Listen erfreulich viele junge Kandidierende zu finden. Andererseits kandidiert die SP wieder in diversen Gemeinden für den Gemeinderat, in denen sie in der letzten Legislatur keine Kandidatur gestellt hatte, etwa in Ettingen und Oberwil.

Nicht auf dem Buckel der Gemeinden!

Nach dem massiven Rechtsrutsch versucht die rechtskonservative Mehrheit in Landrat und Regierung, die Folgen ihrer jahrelangen Misswirtschaft auf die Gemeinden abzuwälzen. Diese sollen nun das Schlammfass abwaschen, welches ihnen der Kanton insbesondere im Gesundheits-, aber auch im Sozialwesen durch ständige Kostenverschiebungen eingebrockt hat. Wir verstehen die Sorgen und die Nöte der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen in den eigenen Gemeinden viel besser, als dies im weit entfernten Liestal der Fall ist. Es ist im Wahlkampf unsere Aufgabe, dies deutlich aufzuzeigen und unsere Nähe zu den Menschen und ihren Sorgen sichtbar zu machen. Wir sind deshalb sehr glaubwürdig, wenn wir jetzt unsere Gemeinden vor den Abbaugriffen aus Liestal verteidigen, so wie wir dies mit einer pointierten Politik auch im Landrat tun.



Jan Kirchmayr,
Geschäftsführung SP BL
Ressort Sektionen

«Für die kommenden Gemeindegemeinschaftswahlen ist die SP gut aufgestellt und präsentiert eine vielseitige Palette an Kandidierenden.»

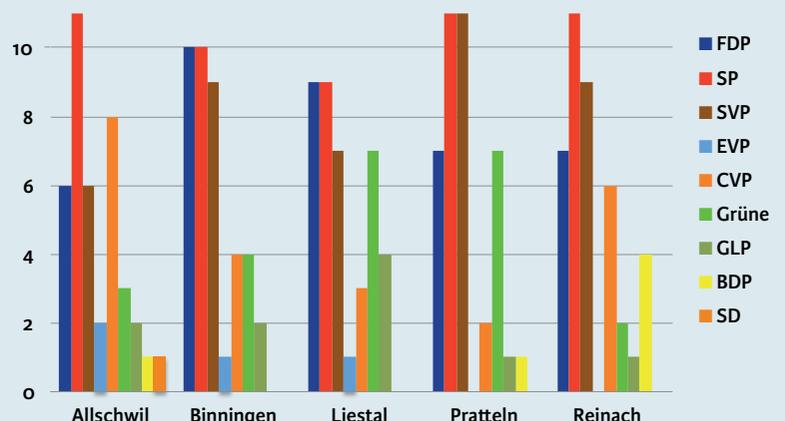
Starke Gemeinden – soziale Gemeinden

Gefragt sind unsere Ideen und Visionen, mit denen wir unsere Gemeinden gestalten möchten. Seien es mehr bezahlbarer Wohnraum, verkehrsberuhigende Massnahmen oder unser Einsatz für Tagesstrukturen in den Schulen und Kindergärten. Dazu gehört auch das Signal, dass wir die rechtskonservative Politik in Liestal ablehnen und für einen anderen Kanton eintreten: Einen Kanton mit Zukunft und

ohne zerstörerischen Abbau von Errungenschaften, die in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut worden sind.

Wir wollen starke Gemeinden mit engagierten, pragmatischen, fortschrittlichen und kompetenten Vertretern und Vertreterinnen in den Gemeinde-Exekutiven und -Legislativen. Die Abkehr von der oft menschenverachtenden Politik der Rechtskonservativen beginnt an der Basis – in den Gemeinden. Es lohnt sich dafür zu kämpfen.

SITZVERTEILUNG BEI DEN EINWOHNERRATSWAHLEN 2012



WAS WIR IM WAHLKAMPF AUCH NOCH TUN KÖNNEN

Bei Standaktionen:

Flyer verteilen zu den Abstimmungen vom 28. Februar

In LeserInnenbriefen zu den nationalen Abstimmungsvorlagen Position beziehen: für die Spekulationsstoppinitiative, gegen die Durchsetzungsinitiative, zu unseren weiteren Parolen

AGENDA SP BL

- Bis Ende Februar: Gemeindegemeinschaftskampf!
- Sonntag, 28. Februar, Abstimmungs- und Wahlsonntag, Wahlen in den Baselbieter Gemeinden
- Samstag, 16. April, GDV in Bottmingen

PAROLEN SP BL

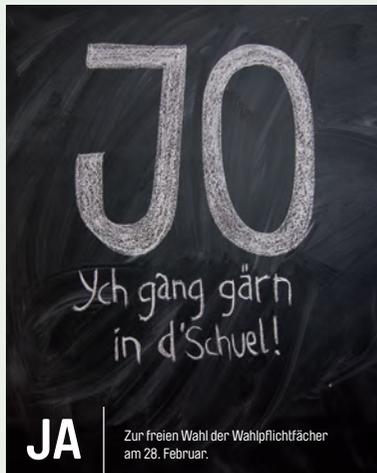
Initiative «Abschaffung der Heiratsstrafe» NEIN

Durchsetzungsinitiative NEIN

Spekulationsstopp-Initiative JA

2. Gotthard-Röhre NEIN

Für einen erfolgreichen Weg ins Erwachsenenleben



Bildung ist weit mehr als nur die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt oder das Humankapital für die Wirtschaft. Bildung will den Wissensdurst stillen. Sie will Menschen urteilsfähig und mündig machen, damit sie an den demokratischen Prozessen der Gesellschaft teilnehmen können.

Aufgrund dieses Bildungsverständnisses ist es mehr als logisch, dass wir für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer an der Sekundarschule einsehen. In der neuen Stundentafel der Sek I haben die SchülerInnen 30 Pflichtlektionen. Zusätzlich müssen sie zwei von sieben Wahlpflichtfächern mit je zwei Wochenlektionen auswählen. Dazu gehören MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), Latein, Italienisch, Bildnerisches Gestalten, Musik, Textiles Gestalten und Technisches Gestalten. Bei dieser Wahl können alle frei wählen – ausser die SchülerInnen

des progymnasialen P-Zugs. Diese dürfen nur zwischen MINT, Latein, Italienisch ein Fach wählen und ein zweites Wahlfach zwischen Bildnerischem Gestalten, Musik, Textilem Gestalten und Technischem Gestalten.

Die Initianten (Freiwillige Schulsynode FSS, vpod region basel u. a.) finden, dieser Wahlmodus sei eine Benachteiligung für die SchülerInnen des P-Zugs. Weshalb können nicht alle die Wahlpflichtfächer frei wählen? Warum sollen ausgerechnet die leistungsstärksten SchülerInnen eingeschränkt werden? Erstens steigert man das Interesse für Naturwissenschaften oder Sprachen nicht durch Zwang, sondern durch gute Angebote. Zweitens ist die Idee, dass eine Wahleinschränkung die Motivation der leistungsstärksten SchülerInnen steigern würde, etwas weltfremd. Es geht auch nicht darum, dass MINT oder Lingua keine attraktiven Wahlpflichtfächer wären – im Gegenteil. Diese Regel verunmöglicht z. B. auch, dass interessierte SchülerInnen MINT und Lingua oder Latein und Italienisch wählen können. Zudem handelt es sich an der Volksschule nicht um sogenannte Schwerpunktfächer, sondern um Nebenfächer. Wie der Name schon sagt, sind Nebenfächer nicht entscheidend für die Qualifikation zum Gymnasium, sonst würde etwas ganz schief laufen! Die letzten beiden Volksschuljahre sind der einzige Moment in der gesamten Volksschulzeit, wo die SchülerInnen eine persönliche Gewichtung nach Stär-



Kerstin Wenk, Grossrätin BS

ken und Interessen vornehmen können. Wir wollen schliesslich mündige und urteilsfähige junge Menschen.

Aus diesem Grund JA! zu guten und motivierten SchülerInnen, JA! zu fairen Spielregeln auch für die Leistungsstärksten und ein JA! zur einzigen Wahlfreiheit in 11 Jahren Volksschulzeit.

PS: Die freie Wahl der Wahlpflichtfächer ändert nichts an der gemeinsamen Stundentafel mit Baselland und auch nichts am Fachkräftemangel.



GROSSRATSPRÄSIDENTIN 2016

Dominique König-Lüdin wurde am 6. Januar mit einem Glanzresultat zur Grossratspräsidentin gewählt (82 von 94 Stimmen). Wir gratulieren herzlich. Sie ist seit 2005 Mitglied des Grossen Rates. Sie ist als dossiersichere Politikerin bekannt, die pointiert für eine linke Politik einsteht. Insbesondere im Bereich der Frauenrechte, in der Bildungs- und der Verkehrspolitik konnte sich Dominique einen Namen und Respekt auf dem politischen Parkett verschaffen. Hinter den Kulissen ist sie eine konstruktive Teamplayerin, immer auf der Suche nach der besten Lösung. Wir sind überzeugt, dass sie ihre Aufgabe als Grossratspräsidentin mit Bravour meistern wird, und wünschen ihr viel Freude in ihrem neuen Amt.

Brigitte Hollinger, Präsidentin

AGENDA SP BS

- 15.–19. Februar: Das Sekretariat ist während der Fasnachtswoche geschlossen.
- Bis Ende Februar: Kampagnen zu Durchsetzungsinitiative, Gotthardröhre, Nahrungsmittelspekulation, Bodeninitiative und Wahlpflichtfächern
- Sonntag, 28. Februar, **Abstimmungssonntag**
- Donnerstag, 10. März, 19 Uhr, **Nomination für Grossratsliste**, UNION Basel, Klybeckstrasse 95
- Mittwoch, 16. März, 18.30 Uhr, **Vernissage Jubiläumsbuch 125 Jahre SP BS**, Restaurant Mägd, St. Johannis-Vorstadt 29, Basel

PAROLEN SP BS

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

- JA** zur Neuen Bodeninitiative
 - JA** zur Initiative für eine freie Wahl aller Wahlpflichtfächer an der Sekundarschule
 - NEIN** zur Verfassungsänderung Erweiterung parlamentarisches Instrumentarium
- #### EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN
- NEIN** zur Durchsetzungsinitiative
 - JA** zur Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln»
 - NEIN** zum 2. Strassentunnel am Gotthard
 - NEIN** zur Initiative «Für Ehe und Familie»

Danke, Kathrin Schweizer, mach weiter so!

Auf Ende 2015 hat Kathrin Schweizer nach viereinhalb Jahren ihr Amt als Präsidentin der SP-Landratsfraktion abgegeben. Gerade in den vergangenen Monaten, nach dem Verlust des Regierungsratssitzes, hat Kathrin wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Fraktion in ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei zurechtgefunden hat. Obwohl im Rat in der Minderheit, konnten wir doch noch Erfolge verbuchen, wie zuletzt mit Vorstössen zur Wohnpolitik oder mit dem Absturz der ELBA-Vorlage. Ich freue mich, als Nachfolgerin von Kathrin die Fraktion auf gleichem Kurs weiter voranbringen zu können.

Bereits seit gut einem halben Jahr politisieren wir nun im Landrat gegen eine rechtskonservative Ratsmehrheit. Eine Rolle, die nicht immer so einfach ist, wie man in der Budgetdebatte gesehen hat, in der

unsere Argumente an der schweigenden Wand der rechtskonservativen Arbeitsverweigerer abprallten.

Gerade solche Debatten zeigen, dass sich die SP auf dem richtigen Weg befindet und dass es uns mehr denn je als soziales Gewissen des Kantons braucht. Wir werden in der laufenden Legislatur mit parlamentarischen Mitteln und unserer Sperrminorität und mit allfälligen Referenden für unsere Anliegen kämpfen. Wenn die rechtskonservative Ratsmehrheit sich genötigt sieht, den genossenschaftlichen Wohnungsbau mit Begriffen wie «radikalsozialistisch» zu bekämpfen und wir unsere wohnpolitischen Vorstösse trotzdem durchbringen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Und das in den vergangenen Wochen mehrmals zu hörende Murren auf der gegenüberliegenden



Miriam Locher, Präsidentin der Landratsfraktion

Ratsseite spricht für uns und unsere Anliegen.

Abschliessend ist zu sagen: Wir haben uns die Rolle der Oppositionspartei nicht ausgesucht. Wir machen unsere Arbeit aber sicher dann gut, wenn sich auch die Rechtskonservativen wünschen, dass wir nicht in der Opposition wären. Die SP-Landratsfraktion wird den eingeschlagenen Weg dezidiert weiterverfolgen. Wir werden uns nicht mit faulen Kompromissen oder kleinen Zugeständnissen abspesen lassen. Die Fraktion bedankt sich für den enormen Einsatz, den Kathrin in den vergangenen Jahren geleistet hat, und freut sich, dass sich Kathrin weiterhin im Landrat engagieren wird.

Wir stehen ein für einen lebenswerten Kanton für alle statt für wenige!

Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Die Aufhebung der Fachstelle für Menschen mit einer Behinderung in Basel-Stadt hat für viel Empörung gesorgt, bei engagierten und gemeinschaftlich denkenden Menschen, vor allem aber bei den Betroffenen. Da wird über Jahre das Schlagwort Diversity herumgereicht – und um was geht es da genau? Um die Vielfalt der Gesellschaft. Und was macht die Vielfalt aus? Offenbar das Andere, Fremde, Unangenehme, Störende.

Junge Menschen, alte Menschen, ausländische Menschen, religiöse Menschen, behinderte Menschen, die die nichts hören, nichts sehen, nicht oder nur schlecht selber gehen können, depressiv oder schizophoren sind oder einfach Trisomie 21 haben oder einen Hirnschlag hatten oder



Georg Mattmüller, Grossrat BS und Geschäftsführer Behindertenforum Region Basel

mehreres und anderes. Sie alle sind Vielfalt. Es geht um Toleranz und gesellschaftliche Realität: Alle diese Menschen leben unter uns. Und es geht um Diskriminierung.

Gleichstellungsbedarf gibt es nicht bloss bei Frau und Mann. Der in der Bundesverfassung garantierte Nachteilsausgleich (BV Art. 8 Abs. 4) schützt vor Diskriminierung und steht auch für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Diversity, Diskriminierung und Gleichstellung sind gewichtige Worte. In der Gleichstellung von Mann und Frau ist einiges schon erreicht, in der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung stehen wir noch am Anfang. Unverständlich also, dass der Regierungsrat die Fachstelle abschaffte. Schade auch, dass wir

es im Grossen Rat verpasst haben, dem Regierungsrat mit einem Budgetpostulat den Auftrag zu geben, wieder eine entsprechende Fachstelle einzurichten.

Und dennoch: Das Thema ist gesetzt. Als Gesellschaft, aber auch als Sozialdemokratische Partei sind wir gut beraten, uns um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zu kümmern. Dass es die Fachstelle für Menschen mit Behinderung nicht mehr gibt, können wir vielleicht mit neuen Vorstössen im Parlament wieder ändern. Und schon jetzt können wir uns generell für Nachteilsausgleich, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung einsetzen – ganz so, wie wir das für uns selber gewohnt sind.